

KOMMUNEN UND BÜRGERINITIATIVEN ÜBERNEHMEN IMMER MEHR STROMNETZE

Wechselstrom

Es begann mit kleinen Kommunen, deren Namen keiner kannte: Wolfhagen, Titisee-Neustadt. Seit 2009 ist eine echte Trendwende daraus geworden, die jetzt die Großstädte erfasst: Die Stromnetze, in den 1990er-Jahren privatisiert, gehen wieder zurück an die Kommunen oder an neu gegründete Bürger-Genossenschaften. Allein in den letzten drei Jahren sind 500 Energiegenossenschaften neu entstanden.

FRIEDRIKE GRABITZ, LÜBECK ● Wer ein Stromnetz betreiben will, braucht eine staatliche Erlaubnis, eine so genannte Konzession, die dann für zehn bis fünfundzwanzig Jahre vergeben wird. Da die zeitlich befristeten Konzessionen vor etwa 20 Jahren bundesweit eingeführt wurden, laufen viele nun aus und werden neu vergeben. 2015 werden es besonders viele sein, etwa 1000. Gerade hat Hamburg per Bürgerentscheid die Netzübernahme beschlossen, auch Berlin möchte gern, Stuttgart arbeitet an der Rekommunalisierung der gesamten Grundversorgung, und in Bremen plant die Bürgerschaft einen Rückkauf von 25,1 Prozent aller Energienetze für 225 Millionen Euro.

Die Initiativen sind unterschiedlich professionell, viele sind kommunal (Dresden, Hamburg), andere genossenschaftlich (Lübeck, Schönau). Auch ihre Motivationen unterscheiden sich: In Schönau, Hamburg oder Berlin geht es vor allem um Ökologie, Dresden will regionale Wertschöpfung und Arbeitsplätze sichern, Göppingen hat 2011 rekommunalisiert, um die Finanzspekulation mit öffentlichen Gütern zu unterbinden, und für den Energietisch Berlin ist soziale Fairness bei Strompreisen ein großes Thema.

Für die Hamburgerin Wiebke Hansen ist klar: »Daseinsvorsorge gehört in die öffentliche Hand, zu einem Unternehmen, für das nicht nur Profit wichtig ist« – sondern beispielsweise Transparenz und Bürgerbeteiligung. Ein Gutachten der Dresdner Stadtwerke argumentiert, dass die Stadt ein langfristiges strategi-



▲ 100 Prozent Grüner Strom braucht andere Netze

Foto: Friedrike Grabitz

Heute sind die Vergabekriterien der Stolperstein« sagt Sladek. Das Kartellamt mache die Kriterien genau so, dass sie in vielen Fällen nur auf die alten Netzbetreiber passen und Bewerber, die die Strukturen für die Übernahme eines Netzes erst aufbauen müssten, praktisch kaum eine Chance haben (s. Interview). Das Kartellamt wacht darüber, dass die Kommunen, wenn sie sich im Vergabeverfahren um die Netze bewerben, diese nicht einfach sich selbst zuschustern. Damit soll es eigentlich Machtkonzentrationen verhindern, was an sich keine schlechte Idee ist. Die Kriterien des Kartellamtes, sagt Sladek, führen aber oft dazu, dass bestehende Energiekartelle erhalten bleiben.

AUFS GANZE: DAS BEISPIEL HAMBURG



Foto: Friedrike Grabitz

▲ Können diese Leitungen denken lernen

sches Interesse am Netz hat. Rein finanziell orientierte Investoren dagegen können ihre Investitionsobjekte wechseln. Die Energienetze bringen den Kommunen, anders als beispielsweise städtische Verkehrsbetriebe, gute und vor allem sicher kalkulierbare Einnahmen, was gerade klamme Städte brauchen können, um weniger lukrative Teile der Stadtwerke zu subventionieren.

Trotzdem: Ob der Betreiber des Stromnetzes kommunal oder privatwirtschaftlich organisiert ist, sagt noch nichts darüber aus, wie gut er das Stromnetz betreiben und warten kann. Darauf verweist die LBD Gesellschaft, eine Unternehmensberatung für Stadtwerke. Es gebe auf beiden Seiten gute und schlechte Beispiele.

DIE PIONIERE: DIE »STROMREBELLEN« IN SCHÖNAU

Tschernobyl war die Initialzündung, die alles verändert hat. Nach der Reaktorkatastrophe 1986 war für Ursula und Michael Sladek klar, dass eine sinnvolle Stromversorgung nicht fossil oder nuklear sein darf, und dass es dafür eigene Produktionsmittel braucht. Sie gründeten in der süddeutschen Kleinstadt Schönau eine Bürgerinitiative und gewannen bundesweit Unterstützer, die dabei halfen, 1995 für 6,5 Millionen D-Mark die örtlichen Stadtwerke und wenig später auch das Stromnetz zu übernehmen. Als erste Stadtwerke überhaupt boten sie reinen Ökostrom an und beliefern damit heute 100.000 Haushalte und Unternehmen in ganz Deutschland. Inzwischen sind sie eine Genossenschaft. Die Netzkauf EWS hat ein Versorgungsgebiet von zehn Kommunen, war in Stuttgart Mitbewerber um das Netz (hier unter anderem als Konkurrent der Stadtwerke), Michael Sladek sitzt im Aufsichtsrat der BürgerEnergie Berlin und berät Initiativen, wie sie die Konzessionen für ihre Netze bekommen können. »Als wir damals angingen, war Geld das große Thema.

Wenn man in Erneuerbare Energien investiert, wozu braucht man dann ein eigenes Stromnetz? »Meinen Sie die Frage jetzt ernst?« fragt Wiebke Hansen. Für sie ist klar, »wenn man die Infrastruktur hat, eröffnen sich ganz andere Möglichkeiten«. Die taffe junge Frau ist Kampagnenleiterin der Initiative »Unser Hamburg – unser Netz«, die in der zweitgrößten deutschen Stadt letztes Jahr eine Volksinitiative für die Übernahme aller Energienetze durch das städtische Unternehmen Hamburg Energie organisiert hat.

Die »Hamburgischen Electricitäts-Werke« waren 1999 bis 2002 an Vattenfall Europa verkauft worden. Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) war gegen einen vollständigen Rückkauf und erwarb zunächst nur 25,1 Prozent. Im Herbst stimmte die Bürgerschaft für eine vollständige Übernahme. 495 Millionen Euro sollen die restlichen 75 Prozent kosten, der Senat vergibt die Konzession zum 1. Januar 2015. Die Initiative möchte auch die Gas- und Fernwärmenetze rekommunalisieren. Alexander Ihl, Sprecher des derzeitigen Betreibers E.ON, zeigt sich unbeeindruckt: »Wir haben oft die Konzessionen wieder bekommen, weil wir die Netze sicher und effizient betreiben können. Wir werden auch diesmal erfolgreich sein.«

Anders als für E.ON, ist für Hamburg Energie der Kauf der Netze ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu 100 Prozent Ökostrom. Als Energieerzeuger verkauft das Unternehmen seit fünf Jahren ausschließlich Strom aus Erneuerbaren, dafür will es das Stromnetz nun umbauen: Schon jetzt fließt aus vielen kleinen Anlagen Strom in beide Richtungen und nicht, wie in der Vergangenheit, hauptsächlich aus großen Kraftwerken zu den Verbrauchern. Die Zukunft des Netzes ist eine dezentrale, autonome Steuerung.

GESCHEITERT: DAS BEISPIEL LÜBECK

Dass die Netzübernahme in Hamburg gegen den Widerstand des Bürgermeisters funktioniert hat, war nach der Erfahrung von Monika Mix-Schröder eher unwahrscheinlich. »Wenn der Bürgermeister das nicht will, kann man es fast vergessen« sagt sie. Sie ist im Vorstand der BürgerEnergie-Genossenschaft Lübeck, die sich im Februar 2013 gegründet hat, um die 25,1 Prozent der Stromnetze in der Hansestadt zu übernehmen, die in privater

Hand waren. Die dänische Firma Dong-Energy wollte ihre Anteile am städtischen Stromnetz verkaufen; es ging also in Lübeck nicht um auslaufende Konzessionen.

Die Stadt, respektive der Bürgermeister, unterstützten das Vorhaben nicht, und die Gruppe schaffte es nicht, die nötigen 42 Millionen Euro einzusammeln, »auch, weil wir viel zu spät informiert wurden und nur ein halbes Jahr Zeit hatten zum Sammeln«. Dass in einer 211.000-Einwohner-Stadt eine derartig hohe Summe an privaten Gelder zusammen kommt, daran hatte indes nicht einmal sie selbst geglaubt. Und die Stadt? Die Finanzlage habe einen derart hohen Kredit nicht zugelassen, sagt Wirtschaftsminister Sven Schindler. »Wir haben dann einen Partner gesucht, der sich mit Stromnetzen schon gut auskennt«. Den Zuschlag bekamen die Aachener Stadtwerke, die Anteile gehen also an eine andere Kommune. Die restlichen 74,9 Prozent hält nach wie vor die Stadt, und die Bürgerinitiative macht einstweilen weiter – mit 150 Mitgliedern, 300.000 Euro Einlagen und dem Ziel, Erneuerbare Energiequellen zu fördern.

DIE REALISTEN: DAS BEISPIEL DRESDEN

Fragt man Christopher Hille, war das Scheitern der Lübecker Initiative nicht verwunderlich. Hille sitzt für die Freien Bürger im Dresdner Stadtrat und zudem im Aufsichtsrat der Dresdner Netzbetreiber. Im Gegensatz zu Dresden ist Lübeck hoch verschuldet, und »eine Übernahme der Netze ist nur sinnvoll, wenn man die Kosten gut refinanzieren kann«.

Dresden hat seine Beteiligungen an den beiden Energienetzen der GESO und der DREWAG 2010 zurückgekauft. Der Handel wurde kritisiert, weil der Rückkaufpreis mit 870 Millionen Euro mehr als zehnmal so hoch war wie die 82 Millionen Euro, die Dresden 1997 für 45 Prozent der kommunalen Stadtwerke bekommen hatte. Dass der damalige Verkaufspreis eher symbolisch war, liegt auch an der besonderen Geschichte der Privatisierungen in Ostdeutschland. Anfang der 1990er Jahre gab die Treuhand die zuvor staatliche Infrastruktur in der Regel nur an Bewerber, die bereits in dieser Branche groß aufgestellt waren – und unterstützte so regionale Monopole.

Der extrem hohe Preis ließe sich vielleicht rechtfertigen, wenn EnBW und E.ON die Netze allesamt grundsanitiert hätten. Für die Netze der GESO trifft das offenbar nicht zu: die, sagt Hille, seien zwar noch nicht marode, müssten aber in den nächsten Jahren zum großen Teil erneuert werden, »das wurde aber beim Preis schon berücksichtigt«. Die Refinanzierung sei in jedem Fall gesichert, der jährliche Gewinn liegt bei etwa 60 Millionen Euro. Ebenfalls 2010 hat der Energieverbund Dresden Vattenfall Aktien an dem Energieunternehmen ENSO im Wert von 147 Millionen Euro abgekauft.

HOCH HINAUS: DAS BEISPIEL BERLIN

Die Kommunalisierung in Dresden ist am Ende keine David-gegen-Goliath-Geschichte: hier ist mit den beiden Rückkäufen einer der größten Unternehmensverbände Ostdeutschlands entstanden. Die zurzeit größte Baustelle einer Bürgerenergiebewegung ist die Hauptstadt, und auch hier geht es nicht um Peanuts, sondern um ein riesiges Netz mit 2,2 Millionen Anschlüssen. Das

Netz soll zwischen 800 Millionen und drei Milliarden Euro kosten – je nachdem, ob man den Sachwert, also die theoretischen Kosten für einen Neubau, oder den Ertragswert, das heißt die in den kommenden 20 Jahren erwarteten Einnahmen zugrunde legt. »Das ist wie auf dem Gebrauchtwagenmarkt« sagt Luise Neumann-Cosel von BürgerEnergie Berlin, »der Verkäufer gibt ein utopisches Gebot ab, und am Ende einigt man sich ganz woanders«. 10 Millionen Euro hat die Genossenschaft bis jetzt gesammelt, und wenn sie im Bieterverfahren Erfolg hat, will sie mit dem Land zusammen das Netz betreiben. Für die notwendigen Kredite »hat das Land einen Bürgschaftsrahmen«.

In Berlin bewerben sich gleich mehrere Basisinitiativen ums Netz. Der Berliner Energietisch ist ein Bündnis, das unter anderem von attac und dem BUND Berlin getragen wird. Für den Energietisch stehen neben ökologischen auch soziale Fragestellungen im Mittelpunkt, so sollen die Stadtwerke für Kleinverbraucher sehr günstige Preise anbieten, die sie durch höhere Kosten für Energieverschwender ausgleichen.

Hätte es eine Signalwirkung, wenn Berlin das Stromnetz bekäme? Sicherlich, sagt Hannes Hönemann, Sprecher von Vattenfall Berlin. Unmöglich sei es nicht, es ist ja schon mehrfach gelungen, Stromnetze zu übernehmen. Aber die Berliner seien weit davon entfernt, genügend Anteile für einen Rückkauf aufzubringen, und die Konzession »aus dem Stand« zu bekommen, sei auch eher unwahrscheinlich. »In den nächsten Jahren sind 1,4 Milliarden Euro Investitionen ins Netz notwendig. Die BürgerEnergie Berlin macht es sich sehr einfach, wenn sie sagt, wir übernehmen einfach alle Mitarbeiter und machen das dann. Wenn es so einfach wäre, könnte man die Konzessionen ja auch verlosen«. Das sieht Neumann-Cosel naturgemäß anders. Investitionen ließen sich aus den Netzentgelten bezahlen, die Gewinne aus dem Netz bleiben so in der Stadt. Vor allem aber sei es »bei einem so wichtigen Element der Daseinsvorsorge wichtig, dass wir darüber die demokratische Kontrolle haben«.

DAS DENKENDE NETZ

Im Fahrplan der großen Energieversorger sollen gigantische Leitungen den Strom großer Kraftwerke quer durch Europa schicken. Sie haben die großen Kohlekraftwerke und deshalb, sagt Luise Neumann-Cosel, »wenig Interesse, in ein Netz für Erneuerbare zu investieren«. Geht es nach den Netzbetreibern aus der Ökobilanz, soll das Stromnetz der Zukunft sich auf viele kleine, ökologische Kraftwerke stützen und dezentral gesteuert sein. Es soll intelligent sein, »smart«. Sie sehen ein Netz, das mitdenkt und gemeinsam mit Elektrogeräten Schwankungen im Angebot oder auch beim Stromkunden ausgleicht, als eleganteste Lösung unserer Energieprobleme.

Man stelle sich vor, ein Gewitter geht über Süddeutschland. Wolken verdunkeln die Dächer, tausende Solarmodule sagen ihrem Netz: Flaute. Jetzt ist Solarstrom teuer. In deutschen Kellern kommunizieren Klimaanlage und Tiefkühltruhen mit dem Netz – und schalten sich für eine Viertelstunde aus. Dann zieht der Sturm weiter



▲ Turbulenzen auf dem Netzmarkt. Kabelsalat in Indien

Foto: Axel Grabitz

nach Norden, alle Windräder fahren auf volle Leistung. Jetzt gibt es Energie fast zum Nulltarif. Autobatterien und Waschmaschinen in Bereitschaft springen an und verhindern, dass das Stromnetz überlastet wird.

Zentral gesteuert, mit großen, schwerfälligen Kraftwerken, die mit einer Überproduktion von etwa 30 Prozent immer durchlaufen, oder flexibel, dezentral und gefüttert von Tausenden kleiner, sich ergänzender Anlagen – das sind zwei Architekturen von Netzen. Die erste haben wir heute, sie gehört den vier Stromkonzernen, die die deutsche Energieversorgung unter sich aufgeteilt haben. Die zweite ist noch Vision – eine Vision, der wir gerade, Stadt für Stadt, immer ein Stückchen näher kommen. ●

MICHAEL SLADEK EWS ÜBER DIE HÜRDEN DER NETZÜBERNAHME UND DIE ZUKUNFT DER ENERGIEWENDE

66 99

Durch Sturheit mehr erreichen

Elektrizitätswerke Schönau-Vorstand Michael Sladek macht Lobbyarbeit für Energiegenossenschaften. Ein Interview über die Hürden, ein Netz zu übernehmen, und die Zukunft der Energiewende. Die Fragen für CONTRASTE stellte Friederike Grabitz.

Sie haben 1997 das Schönauer Stromnetz übernommen. Warum war das wichtig?

Das war die Voraussetzung dafür, eine kommunale eigene Energieversorgung aufzubauen. Damals wie heute ist die Kontrolle über das Netz elementar.

War es schwierig, damals die Konzession zu bekommen?

Nein, eigentlich war es einfacher als heute. Die Stadt konnte frei entscheiden, wem sie sie gibt. Heute kontrolliert das Kartellamt die Vergabekriterien der Kommunen und zwingt sie fast, den großen Energieversorgern die Netze zu lassen. Dabei schreibt das Grundgesetz ganz klar vor, dass die Energieversorgung Aufgabe der Kommunen ist.

Ist das Kartellamt nicht eigentlich dafür da, den Wettbewerb zu fördern?

Ja, es ist widersinnig. Die Behörde, die den Wettbewerb fördern soll, untergräbt ihn, die wollen Zentralismus auf dieser Ebene. Da sitzen im Vorstand zwei Entscheider, die als sehr wirtschaftsfreundlich gelten. Im Moment ist sehr Vieles vor Gericht. Kommunen klagen, häufig klagen aber auch die alten Netzbetreiber, dass sie bei der Vergabe benachteiligt wurden. Ich vertraue auf das Verfassungsgericht, aber die Stromkonzerne haben oft den längeren Atem. Wir sollten einen Klageunterstützungsfonds einrichten.

Wenn es dann mal klappt mit der Konzession, sind die Netze beim Rückkauf häufig viel teurer als damals bei der Privatisierung.

Die Bundesnetzagentur kontrolliert die Preise für die Durchleitung des Stroms und gibt auch Leitlinien für den Kaufpreis. Da wird zum Beispiel hinein gerechnet, wie viel in die Netze investiert wurde. Bei uns drehte sich damals alles um den Kaufpreis, das ist heute anders. Kosten und Einnahmen sind auch sehr gut kalkulierbar, jeder weiß genau, wie viel er mit dem Netz verdienen



▲ Michael Sladek

Foto: Privat

wird. Die können keine Traumpreise mehr nehmen.

Sie begleiten Initiativen bei dem Versuch, die Stromnetze zu übernehmen. Wo brennt es gerade?

In Stuttgart schauen wir, wie die Netzübergabe läuft, in Berlin unterstützen und beraten wir und helfen mit Risikokapital. Es gibt viele Baustellen.

Worauf müssen die Bewerber besonders achten?

Sie dürfen bei der Bewerbung keine Fehler machen. Die Kartellbehörde hat bestimmte Kriterien. Umweltfreundlichkeit ist ein Kriterium, aber es zählt nur fünf Prozent, Versorgungssicherheit dagegen ist mit 50 Prozent viel wichtiger, und dass man die garantieren kann, ist sehr schwer zu beweisen, wenn man noch kein Netz hat.

Sie als Netzbetreiber könnten ja mit ins Verfahren gehen.

Das machen wir auch, aber wir haben zum Beispiel nicht genügend Mitarbeiter. Die kann man ja auch

nicht einstellen, bevor man die Konzession nicht hat, aber ohne sie hat man dann die Voraussetzungen nicht.

Bieten für die Stromkunden nicht die großen, zentralen Betreiber mehr Sicherheit als ein Flickenteppich aus vielen kleinen?

Nein, denn wir nutzen das Potential vor Ort, zum Beispiel die Kraft-Wärme-Kopplung, und das kriegt man nur lokal hin. Wir können auch schneller auf Schwankungen reagieren und sind näher dran am Bürger.

Die Netze sind teilweise marode. Ist es riskant, ein Netz zu übernehmen, das renoviert werden muss?

Nein. Ein schlechtes Netz zu übernehmen, ist erst einmal billiger, und dann kann man beispielsweise hoch moderne, neue Trafos einbauen.

Was können Bürger machen, wenn die Kommune nicht mitzieht?

Dann können sie das selbst organisieren, zum Beispiel mit 40 Prozent Eigenkapital und einem Darlehen von

der Bank. Das Problem ist im Moment eher, das Netz zu bekommen, nicht die Finanzierung. Wir haben so viel privates Vermögen angespart, am Geld mangelt es nicht. Wir haben uns schon oft gefragt, wie finanzieren wir das, und dann kam am Ende genügend Geld zusammen.

Wie haben Sie es geschafft, in ganz Deutschland so viele Stromkunden zu finden?

Das Wichtigste ist konsequentes Handeln, und nicht von seinen Prinzipien abzuweichen. Einfach durch Hartnäckigkeit und Sturheit haben wir sehr viel erreicht.

Welche Rolle spielt das Netz für die Energiegewinnung?

Es führt Produktion und Nachfrage zusammen. Die Erneuerbaren kommen nur dann wirklich in die Netze, wenn ich die Netze habe. Dann kann ich auch schauen, wie das Verhalten der Verbraucher ist, und darauf reagieren, Stichwort Smart Grid. Die strenge Trennung von Stromproduktion, Verteilung und Netz wird es so nicht mehr geben, wenn immer mehr ehemalige Verbraucher selbst produzieren.

Wenn... die Politik schlägt ja gerade einen anderen Weg ein.

Das ist eine Katastrophe. Wir waren zu erfolgreich, jetzt gibt es einen Kampf um die Vormacht der Energiewende. Die EEG-Abgabe wird zum Beispiel immer höher, weil die Erneuerbaren zu günstig werden an der Börse. Gleichzeitig subventioniert jeder deutsche Haushalt die Großindustrie, die von der Umlage befreit ist, mit 80 Euro im Jahr – auch Hartz IV-Empfänger.

Kann man durch den Kauf der Netze die »alte« Energiewende retten?

Ich denke schon. Die Strukturen bekommen immer mehr Bedeutung. Es ist politisch gewollt, dass die großen Konzerne die Macht auf dem Energiemarkt behalten. Unsere Chance dagegen ist jetzt, dass wir, die Bürger, den Zugriff auf die Strukturen nehmen.

Ist die Energiewende hin zu Erneuerbaren noch aufzuhalten?

Nein, ist sie nicht. ●

LESERBRIEF ZU WAGNER & CO SOWIE ZUM PHOTOVOLTAIK-INTERVIEW

Debatte zu Selbstverwaltung

Zu zwei Beiträgen in der Juni-Ausgabe der CONTRASTE hat uns ein Leserbrief von Martin Esch erreicht. Wir dokumentieren den Leserbrief und fügen im Zusammenhang mit dem angesprochenen Beitrag zum Selbstverwaltungs- und Solarpionier Wagner & Co einige aktuelle Informationen zur geplanten Betriebsübernahme als Genossenschaft hinzu.

PETER STREIFF, REDAKTION STUTTGART ● Um welche Beiträge geht es? – Im Bericht »Wir wenden weiter« auf Seite 4 berichteten wir von der Insolvenz des Solarpioniers Wagner & Co und davon, dass die Belegschaft das Unternehmen gemeinsam mit KundInnen und interessierten BürgerInnen weiterführen will. Außerdem fügten wir die damals aktuelle Information hinzu, dass eine Gruppe von Wagner-Aktiven die Gründung einer Genossenschaft beschlossen hatte, um das Unternehmen auf breiterer Basis fortführen zu können. Der zweite, thematisch ergänzende Beitrag auf Seite 5 war ein Interview zur Zukunft der Solarbranche mit Klaus Köln von »Umweltfreundliche Energieanlagen« (UfE). Als Weggefährte von Wagner & Co gab er Auskunft zur Entwicklung der Branche und auch dazu, dass sie bei UfE heute »professioneller geworden« sind und »nicht mehr selbstverwaltet« sind.

LESERBRIEF

Martin Esch hat uns zu den beiden Beiträgen seine Stellungnahme geschickt, die wir in voller Länge wiedergeben: »Klaus Köln wird – wie ich es von CONTRASTE erwartet habe – gleich zu Beginn auf das Thema 'Selbstverwaltung' angesprochen. Seine Antworten finde ich vage. Er spricht von Professionalisierung, Grenzen der Selbstverwaltung. Die Spezialisierung, z.B. beim Erstellen des Jahresabschlusses, sei der Grund, warum sie heute nicht mehr selbstverwaltet seien. Auch entspreche die Trennung zwischen Führungspersonal und Angestellten bei Wagner nicht der ursprünglichen Idee der Selbstverwaltung.



Foto: Christof Geiger

◀ Langjährige Mitarbeiter von Wagner & Co Solartechnik stehen nun für Wagner Solar eG (i.G.): Helgo Schütze und Fabian Schröder (Aufsichtsrat) sowie Alexander Fischer und Alexander Sasse (Vorstand) (v.l.n.r.)

Fürwahr, einige der ursprünglichen Ideen der Selbstverwaltung haben sich in vielen Unternehmen als nicht lebbar erwiesen. Aber ist deswegen die Selbstverwaltung von Betrieben überholt? Wenn es denn für bestimmte Aufgaben ExpertInnen und Führungskräfte geben muss, werden sie gewählt und sind im Prinzip jederzeit absetzbar? Und wem gehört die Firma? Wer bestimmt über die Grundsatzfragen des Unternehmens, über Strategien und die interne Organisation, wer legt z.B. die Richtlinien für die Höhe der Löhne fest? Hier wäre ich neugierig, wie Wagner und auch die UfE, bei der Klaus arbeitet, sich konkret verhalten.«

Da die Debatte rund um die Entwicklungen bei Wagner & Co intensiv am Laufen ist, wollten wir den Leserbrief umgehend veröffentlichen, obwohl er erst wenige Tage vor der Schlussredaktion eintraf. Eine Diskussion in der Gesamtedaktion war aus Zeitgründen nicht mehr möglich. Daher an dieser Stelle eine erste Reaktion des Autors, der den Beitrag »Wir wenden

weiter« geschrieben hatte (auch Autor dieses Beitrags):

Die 35-Jahre lange und bewegte Geschichte von Wagner & Co zeigt aus meiner (Außen-)Sicht, dass die »Selbstverwaltung von Betrieben« eben nicht überholt ist: Solarpionier, Impulsgeber der Branche und erfolgreicher mittelständischer Betrieb mit diversen Auszeichnungen sind ja durchaus als Erfolg des Unternehmens zu betrachten. Und DIE eine Form der Selbstverwaltung (Synonym für die Idee der Selbstverwaltung) gibt es aus meiner Sicht eh fast nicht, sondern es haben sich im Verlauf der Jahre je nach Branche, lokalen Gegebenheiten und nicht zuletzt auch im Zusammenhang mit den beteiligten Personen jeweils ganz unterschiedliche Unternehmensformen herausgebildet, die mal diese und mal jene Selbstverwaltungs-Ideen mehr oder weniger in den Alltag umsetzen und etablieren konnten. Der Anspruch der CONTRASTE, bzw. mein Interesse als Autor wird es auch weiterhin sein, von diesen und über diese Erfah-

rungen zu berichten, bzw. AutorInnen zu ermuntern, selbst über ihre eigenen Unternehmen/Betriebe/Projekte zu schreiben.

Außerdem bin ich nicht der Meinung, dass die Insolvenz von Wagner & Co nun als Scheitern der Selbstverwaltung bewertet werden sollte. Beispielsweise wurde sie von der Erneuerbaren Energien-Branche (Eurosolar) als »Fanal falscher Energie- und Wirtschaftspolitik« in Deutschland bezeichnet, demzufolge in erster Linie ursächlich mit den politisch rückwärtsgewandten Entwicklungen der Bundesregierung in Verbindung gebracht. Folgerichtig geht die am 17. Juni neu gegründete Genossenschaft Wagner Solar eG zusammen mit Campact, dem Naturschutzbund und anderen entsprechend politisch in die Offensive, indem sie die Bundestag-ParlamentarierInnen aufforderte, die Novellierung des Erneuerbaren Energien Gesetzes (EEG), zu der auch die Einführung der sogenannten Sonnensteuer gehören würde, abzulehnen.

GENOSSENSCHAFTS-MITGLIEDER AUCH VON AUßEN ERWÜNSCHT

Wagner Solar eG will weiterhin Selbstverwaltung und plant als Genossenschaft die Fortführung des Unternehmens. KundenInnen, interessierte BürgerInnen und Unternehmen seien eingeladen, der Genossenschaft als Mitglied beizutreten. Pressesprecher Christof Geiger sagte: »Um kurzfristig ein Angebot an den Insolvenzverwalter abgeben zu können, muss die Genossenschaft nun schnell wachsen. Die Eigenkapitalbasis spielt dabei eine zentrale Rolle. Bereits mit 500 Euro kann man einen Anteil erwerben, um sich an Entwicklung, Produktion und Vertrieb von Solaranlagen und ökologischer Heiztechnik zu beteiligen. Die Produktionseinrichtungen und Arbeitsplätze in Kirchhain und Cölbe sollen weitestgehend erhalten bleiben.«

Wer die Zukunft der Wagner Solar eG ermöglichen, aber noch kein Risiko eingehen will, kann auch TreugeberIn werden. Dabei wird der Beitrag zuerst auf ein Treuhandkonto überwiesen. Auf der Homepage der Genossenschaft finden Interessierte weitere Informationen und die Unterlagen zum Beitritt in die Genossenschaft: www.wir-wenden-weiter.de ●